



Crashed

Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben

Adam Tooze
Siedler © 2018
800 Seiten

Bewertung

9 ¹⁰ Wichtigkeit
8 Innovationsgrad
9 Stil

Fokus

Führung & Management
Strategie
Marketing & Verkauf
Finanzen
Personalwesen
IT, Produktion & Logistik
Karriere & Selbstmanagement
KMU
Wirtschaft & Politik
Branchen
Business weltweit
Verwandte Themen

Take-aways

- Die Finanzkrise 2008 und die Eurozonenskrise 2010 müssen als miteinander verbundene Phänomene gesehen werden.
- Diese Wirtschaftskrisen haben das Dogma des Liberalismus, dass Märkte keine staatliche Regulierung brauchen, widerlegt.
- Sowohl die USA als auch die EU haben die Bildung eines finanzpolitischen Rahmens für das gigantische nordatlantische Offshore-Bankensystem versäumt.
- China und andere Schwellenländer Südostasiens haben durch ihr permanentes Wachstum die Weltwirtschaft gerettet.
- Eine langfristige Folge der Krise von 2008 ist die Institutionalisierung von Stresstests durch den Dodd-Frank-Act in den USA und durch Basel III in Europa.
- Durch die finanzpolitische Dominanz der Zentralbank der USA hat sich in der Krise Amerika als Zentrum des globalen Finanzsystems bewiesen.
- Die Angst vor Haushaltsdefiziten hat in den USA und in der EU Wirtschaftswachstum verhindert und zum Abbau des Wohlfahrtsstaats beigetragen.
- Globale Folgen der Finanzkrise waren unter anderem Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Einkommensrückgänge.
- Diese prekäre Lage der Bevölkerung hat zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Politik und zum Aufstieg des Populismus geführt.
- Der Brexit und der Wahlsieg Trumps sind direkte Folgen der Finanzkrise von 2008.

Relevanz

Das lernen Sie

Nach der Lektüre dieser Zusammenfassung wissen Sie: 1) wodurch die Finanzkrise 2008 und die Eurozonenkrise 2010 ausgelöst wurden, 2) mit welchen Maßnahmen Politiker auf die Krisen reagierten und 3) wie die Krisen die politische Lage bis in die Gegenwart geprägt haben.

Rezension

Pünktlich zum zehnten Jahrestag der Finanzkrise von 2008 legt der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze mit *Crashed* eine umfassende Studie zu den Ursachen, dem Verlauf und den Nachwirkungen der größten Wirtschaftskrise der Geschichte vor. Um ihre komplexe Entwicklung zu erklären, geht er bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurück und bezieht alle weltpolitischen Akteure in seine Analyse ein. Das Ergebnis ist ein Buch, das die enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft sowie die großen wechselseitigen Abhängigkeiten in einer multipolaren Weltordnung vor Augen führt und bereits jetzt als Standardwerk gehandelt wird. Eine sachkundige Analyse, die viele Grundfragen unserer politischen und ökonomischen Gegenwart verständlicher macht. Die griechische Krise, der Krieg in der Ukraine, der Brexit und die Wahl Trumps erscheinen allesamt als direkte Nachwirkungen der Finanzkrise. *getAbstract* empfiehlt das Buch allen, die sich für die jüngere Weltgeschichte und die politische Ausgangslage unserer Gegenwart interessieren.

Zusammenfassung

„Die Grundlagen des heutigen Währungssystems sind unabänderlich politischer Natur.“

„Die politischen Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks hatten die gleichen blinden Flecken. Da beide fest auf die Märkte vertrauten, erkannte keiner die Gefahr, die von dem neuen marktorientierten Bankgeschäft ausging.“

Die erste Krise des globalen Zeitalters

Die hartnäckige, aber illusorische Annahme, dass die Finanzkrise von 2008 vornehmlich eine inneramerikanische oder angloamerikanische Krise gewesen sei, muss aufgegeben werden. Wir sollten stattdessen erkennen, dass diese Finanzkrise eine globale Krise war, die auch die Eurozonenkrise 18 Monate später mitverursacht hat. Außerdem hat diese globale Wirtschaftskrise den Glauben des Liberalismus, völlig ohne staatliche Regulierungen auskommen zu können, widerlegt. Denn sie hat gezeigt, wie unauflöslich globale Wirtschaft und nationalstaatliche Politik miteinander verbunden sind.

Ein Sturm zieht auf

Während zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit auf der wirtschaftlichen Abhängigkeit der USA von China lag, wurde eine viel zentralere Achse der globalen Weltwirtschaft übersehen. Zwischen der Wall Street in New York und der Londoner City hatte sich nämlich ein nordatlantischer Offshore-Markt entwickelt, der die USA und Europa miteinander verflocht und abenteuerlustige Investmentbanken aus der ganzen Welt durch seine umfassende Deregulierung anzog. Der boomende Immobilienmarkt der USA konnte in dieser Situation zum Auslöser einer globalen Finanzkrise werden. Er nahm 2006 eine zentrale Stelle im Weltmarkt ein: 20 Prozent der globalen Geldwerte waren in US-Immobilien angelegt. 2008 stammten 25 Prozent der Investoren aus der EU und China. Doch als die Immobilienblase in den USA platzte, ignorierten die europäischen Regierungen diese wechselseitige Abhängigkeit der Finanzmärkte und gingen fälschlicherweise von einer US-internen Krise aus.

Europa steckte unterdessen mitten in dem ambitionierten Projekt, eine umfassende Europäische Union ins Leben zu rufen. Um das Jahr 2000 wurde der Euro als Einheitswährung eingeführt und 2004 begann die Ost-Erweiterung. Wie sich in der Eurozonenkrise

„Es war nicht die Staatsschuldenkrise von 2010, die das Wirtschaftswachstum in Europa zum Erliegen brachte, sondern die transatlantische Bankenkrise von 2008.“

„Während die Fürsprecher der Finanzindustrie in den 1970er-Jahren unaufhörlich das Mantra von freien Märkten und zurückhaltenden Regierungen wiederholt hatten, forderten sie jetzt die Mobilisierung sämtlicher staatlicher Ressourcen.“

„Was im Herbst 2009 geschah, war nicht etwa die Relativierung des Dollars, sondern das genaue Gegenteil – eine dramatische neuerliche Bekräftigung der Schlüsselrolle der US-Zentralbank.“

„Das Jahr 2009 war das erste Jahr der Moderne, in dem die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft die gesamte Weltwirtschaft vor einem Absturz bewahrte.“

zeigen sollte, war der größte Fehler der EU, die wirtschaftliche Integration ohne die politische voranzutreiben. 2005 scheiterte der Versuch einer gemeinsamen EU-Verfassung, und der Vertrag von Lissabon lehnte 2007 eine gemeinsame Finanzpolitik zugunsten von Übereinkünften zwischen Einzelstaaten ab. Wie schon die USA vernachlässigte die EU den Bankenmarkt. Neben dem Fehlen einer Eurozonen-Finanzpolitik und eines politischen Rahmens für das nordatlantische Finanzsystem kam schließlich die Frage der Oststaaten hinzu, die Russland nun aktiv für sich zu reklamieren begann. Im Fall von Georgien 2008 sogar mit militärischen Mitteln.

2007 war Russland auf die weltpolitische Bühne zurückgekehrt. Nachdem es in den 1990er-Jahren infolge des Zerfalls der Sowjetunion mit einer katastrophalen Inflations- und Arbeitslosenrate zu kämpfen hatte, war die russische Wirtschaft unter Putins Präsidentschaft ab 2000 langsam wieder in Schwung gekommen. Sowohl der Fokus auf die boomende Erdöl- und Gasindustrie als auch eine weitgehende Verstaatlichung der größten Unternehmen ließ Russland weiter erstarken. So weit, dass Putin im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 den Allmachtsanspruch der USA infrage stellen und eine neue, multipolare Weltordnung ausrufen konnte. Ein globaler, hauptsächlich über die Wirtschaft geführter Machtkampf zwischen Russland, den USA und China zeichnete sich ab.

Die globale Krise

Die Finanzkrise begann langsam im Januar 2007. Sie brach voll aus, als am 9. August 2007 die PNB Paribas verkündete, dass sie Fonds schließen müsse, weil weite Teile des US-Verbriefungsmarktes völlig ausgetrocknet seien. Drei Wochen später wurde Northern Rock, einer der führenden Immobilienfinanzierer Großbritanniens, zahlungsunfähig. Der globale Kreditmarkt implodierte und im Frühjahr 2008 griff die Panik auf das gesamte Finanzsystem über. Die Banken reduzierten ihre Bilanzen, Darlehenszinsen stiegen und bereits verschuldete Banken schöpften ihre eigenen Kreditlinien aus. Im September 2008 ging Lehman Brothers pleite und wenig später erreichte die Krise auch die europäischen Banken. Ihre Berge von Dollardarlehen waren plötzlich ungedeckt, viele Banken standen vor dem Aus.

In der EU markierte bereits die Krise von 2008 den Einbruch der Realwirtschaft – nicht erst die Eurozonenkrise zwei Jahre darauf. Im Sommer 2008 setzte eine historisch einzigartige weltweite und synchronisierte Rezession ein. Zum Jahreswechsel 2008/2009 brachen die weltweiten Kapitalströme um 90 Prozent ein. Der Chef der US-Notenbank, Ben Bernanke, sprach von der „schlimmsten Finanzkrise der Weltgeschichte.“ Das Überleben der Realwirtschaft schien von dem der Banken abzuhängen. Um den Schock des Finanzsystems zu überwinden, wurden gigantische staatliche Fördermaßnahmen eingesetzt – und damit jahrzehntelange liberale Grundüberzeugungen über den Haufen geworfen. Die Fed versuchte zunächst, einzelne Banken zu rekapitalisieren, verlegte sich dann aber unter strengster Geheimhaltung darauf, 14 ausgewählten Zentralbanken weltweit mithilfe von Devisen-swap-Kreditlinien unbegrenzte Liquidität zu garantieren. Sie rettete schließlich sowohl den amerikanischen als auch den europäischen Teil des nordatlantischen Finanzsystems.

Doch auch China und südostasiatische Schwellenländer wie Südkorea oder Indonesien trugen ihren Teil zur Bewältigung der Krise bei. Während sich die EU auf gar keine gemeinsamen Aktionen einigen konnte, setzten sie rasch und entschieden gigantische Konjunkturpakete um. So wuchs die Wirtschaft Chinas auch während der Krise um etwa 10 Prozent pro Jahr weiter. Nun wurde sichtbar, wie real die Multipolarität der Welt geworden war. In der finanzpolitischen Großwetterlage trat bald eine entscheidende Veränderung ein: Anfang 2009 begann die Angst vor Haushaltsdefiziten zu überwiegen. In der

„Die durch Dodd-Frank herbeigeführte Veränderung bestand in der Verstetigung und Institutionalisierung der Stresstests. Fortan waren die Risiken einer Finanzkrise in allen G20-Ländern ständig im Blick der Regierung.“

„Am 6. Mai trat das griechische Parlament zusammen, um das drakonischste Sparprogramm zu beschließen, das jemals einer modernen Demokratie vorgeschlagen wurde.“

„Ein wiederauflebender Nationalismus, der die nationale Souveränität gegen Diktate von außen im Gefolge der Krise verteidigte, sollte ein der stärksten politischen Reaktionen auf die Krise sein.“

„Die Draghi-Formel glich einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Er sprach die magischen Worte. Die Märkte stabilisierten sich. Die Eurozone wurde durch ihre verspätete Amerikanisierung gerettet.“

EU verfolgte Deutschland, das 2009 eine Schuldenbremse in seine Verfassung aufnahm, eine strenge Austeritätspolitik und bemühte sich, eine solche auch in den übrigen EU-Ländern durchzusetzen. Als direkte Konsequenz der Krise beschloss der US-Kongress am 21. Juli 2010 die staatliche Finanzmarktregulierung in Form des Wall Street Reform and Consumer Protection Act, besser bekannt als Dodd-Frank Act. Dieser führte die makroprudenzielle Regulierung ein, die verpflichtende Stresstests am Finanzmarkt vorschrieb, aber auch finanzielle Stabilität – also Profite für Banken – zur Aufgabe der Wirtschaftspolitik machte. Ironischerweise führte sie auch in der einstigen Vorfront des freien Marktes den Staat als Regulator ein. In Europa wurde im Rekordtempo Basel III entwickelt und umgesetzt. Dennoch rekapitalisierten sich die US-Banken viel schneller als die europäischen, was diese anfällig für weitere Schocks machte. Ein solcher trat bereits 2010 ein und zerrüttete sowohl die nordatlantische Beziehung als auch die europäische Politik nachhaltig.

Die Eurozonenkrise

Anfang 2010 war die Krise auf den Weltmärkten abgeflaut, aber nun erreichte die ganze Wucht ihrer Nachwirkungen die Privathaushalte. Die finanzielle Großzügigkeit der Staaten den Banken gegenüber musste durch radikale Sparmaßnahmen bei den Sozialausgaben kompensiert werden. Schwächere Nationen wie Irland, Spanien, Portugal oder Griechenland gerieten in die schwerste Depression seit den 1930er-Jahren. Im Herbst 2010 war klar, dass die Staatsschulden Griechenlands, damals bereits 115 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, nicht weiter tragbar waren. Die EU wurde aus Sorge um die Stabilität der Eurozone aktiv, lehnte aber einen radikalen Schuldenschnitt ab und begann ein ausgedehntes und unproduktives Spiel auf Zeit. Die EU-Staaten einigten sich auf die Bildung einer Troika aus IWF, EZB und EU. Doch erst nachdem Griechenland am 22. April den Zugang zu den Kapitalmärkten verlor, beschloss die EZB konkrete finanzielle Hilfsmittel (110 Milliarden Euro) – gekoppelt an äußerst strenge Sparauflagen. Alles was an staatlichen Ausgaben eingespart werden konnte, wurde gestrichen oder privatisiert. Die griechische Gesellschaft sollte anstelle ihrer Schulden restrukturiert und ihre Schuldenlast dadurch tragbar gemacht werden.

Die in Panik ausartende Angst vor Staatsschulden führte weltweit dazu, dass die nach der Krise nötigen Konjunkturprogramme zu früh eingestellt und stattdessen harte Spar-kurse eingeführt wurden. Die dadurch massiv beförderte soziale Destabilisierung durch Arbeitslosigkeit und Verarmung sollte schon bald politische Konsequenzen nach sich ziehen: Anfang 2011 brach der Arabische Frühling aus und auch in Spanien, Griechenland und Portugal fanden immer öfter Massenproteste statt. Die Occupy-Bewegung besetzte längerfristig öffentliche Orte und die Pole des politischen Spektrums radikalisierten sich. In Spanien und Griechenland entstand mit Podemos und Syriza eine neue Linke, in Griechenland kam am anderen Ende des politischen Spektrums die neofaschistische Goldene-Morgenröte-Bewegung auf und mit ihr eine neue Welle rassistischer Gewalt. Während sich die Wirkungslosigkeit der europäischen Griechenlandpolitik offenbarte, wurde auch in Portugal und Italien eine radikale Sparpolitik durchgeführt. In den USA wurde unterdessen klar, wie sehr die Tea-Party-Bewegung die Republikanische Partei in ihrer Gewalt hatte. Sie blockierte die Budgetverhandlungen im Kongress so sehr, dass führende Ratingagenturen die USA abwerteten. Die Schuldtitel der USA, die letzte Zuflucht der Weltwirtschaft, verloren massiv an Wert. Die Eurozone drohte zunehmend, die Weltwirtschaft zu destabilisieren. Anfang 2012 forderte der IWF ein Umdenken in der verheerenden Sparpolitik und am 26. Juli beruhigte der neue EZB-Präsident Mario Draghi die Märkte, indem er spontan verkündete, dass „what it takes“ getan werden würde, um den Euro zu retten. Für Griechenland wurde endlich ein Schuldenschnitt angedacht, was vor allem eine Umschichtung der Schulden in den Privatsektor bedeutete. Die EZB sollte die Rolle der Fed übernehmen.

„Die Krise von 2008 markierte einen Bruch in den Beziehungen Großbritanniens mit der EU. Als die britische Wirtschaft in eine Rezession schlitterte, schlug die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Europa um.“

„Es war nicht klar, ob Trump die programmatische Debatte im herkömmlichen Sinn verstand. Die Welt, die er verstand, war eine Welt roher Machtbeziehungen, eine Welt, die einer einfachen Logik folgt: schikanieren oder schikaniert werden.“

Nachbeben in den USA und Europa

Ende 2012 schien die wirtschaftliche Krise zwar endgültig vorbei – doch der Aufschwung blieb aus. Während für die Rettung der Banken weltweit enorme Summen aufgebracht worden waren, litt die breite Bevölkerung enorm unter der Krise und den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung. In den USA war der Wohlstand des Durchschnittshaushalts seit den späten 1970er-Jahren nicht mehr gestiegen, ab 2000 sank erstmals die Lebenserwartung von Arbeitern, während die Zahl der Drogentoten selbst in der weißen Mittelschicht rasant anstieg. Nicht umsonst stellte Präsident Obama seine zweite Amtszeit unter das Leitthema Ungleichheit. Viele Menschen fragten sich: Ist der Staat nur mehr für die Interessen der Wirtschaftseliten da? Diese Desillusionierung führte zum weltweiten Aufstieg nationalistischer, rassistischer und fundamentalistischer Parteien.

Im Sommer 2014 eskalierte das Ringen zwischen der EU und Russland um Osteuropa: Nachdem ein Volksaufstand in der Ukraine sich für ein EU-Assoziationsabkommen ausgesprochen hatte, besetzte die russische Armee die Krim und unterstützte prorussische Milizen in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Ukraine. In Europa herrschte wieder Krieg, und die EU war äußerst vorsichtig, Russland mit Sanktionen nicht weiter zu verärgern. Die Aufbruchsstimmung der 1990er-Jahre, in denen die EU mit Demokratie, Wohlstand und Frieden für sich geworben hatte, war verflogen. Bei der EU-Wahl 2014 gewannen hauptsächlich EU-skeptische, nationalistische Parteien; der Aufstieg des Populismus begann.

Nationalistische Alleingänge

2015 rangen die EU und die linksgerichtete Regierung Griechenlands darum, ob der Sparkurs fortgesetzt werden sollte oder ob teilweise von einer Schuldentrückzahlung abgesehen werden sollte. Während die Hälfte der griechischen Bevölkerung akut armutsgefährdet war und der Lohn um 25 Prozent fiel, war die EU im Vorteil, da Griechenland für die Eurozone keine Gefahr mehr darstellte. Der französische Wirtschaftsminister Macron sprach von einem Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden Europas, während Deutschland auf seinen Sparforderungen beharrte. Erst als EU-Ratspräsident Donald Tusk an Merkel appellierte, die EU nicht zu zerstören, war die deutsche Kanzlerin zu einem Kompromiss bereit, um den Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu ermöglichen. Unterdessen war die Stimmung in Großbritannien immer EU-feindlicher geworden. Schließlich gewannen am 23. Juni 2016 die Befürworter eines „Brexit“ ein Referendum über den EU-Austritt Großbritanniens und stürzten die EU in eine politische Krise. So begannen in Frankreich, Holland, Italien, Österreich und Deutschland, rechte Parteien wie der Front Nationale oder die AfD die politische Debatte zu dominieren.

Im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf siegte unterdessen zur Überraschung vieler Donald Trump mit einer offen fremdenfeindlichen und nationalistischen Kampagne. Noch wenige Jahre zuvor hatte er die staatliche Bankenrettung begrüßt, nun präsentierte er sich als Beschützer der einfachen Leute vor der globalistischen Weltverschwörung und beschwor eine apokalyptische Endzeitstimmung. Kurz nach der Wahl machte er natürlich Top-Wall-Street-Manager zu seinen Beratern, führte umfangreiche Steuerbegünstigungen für die Reichsten ein und begann, das politische Vermächtnis Obamas abzuschaffen.

Über den Autor

Adam Tooze ist Professor für Zeitgeschichte und Direktor des European Institute an der Columbia Universität in New York. Er lehrte viele Jahre in Cambridge und Yale und seine Arbeiten wurden vielfach preisgekrönt.